

**Deputation für Umwelt, Bau,
Verkehr, Stadtentwicklung,
Energie und Landwirtschaft (S)**

**Bericht der Verwaltung
für die Sitzung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr,
Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S)
am 16.03.2017**

Kapazitäten der Blocklanddeponie

A. Ausgangslage

die Abgeordnete Heike Sprehe (SPD) hat um einen schriftlichen Bericht zu den vorhandenen und geplanten Kapazitäten auf der Blocklanddeponie und zu den Laufzeiten gebeten.

B. Sachdarstellung

Die Frage wird wie folgt beantwortet.

Die Blocklanddeponie wird vom Umweltbetrieb Bremen, einem Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen betrieben und nimmt vorwiegend gewerbliche und industrielle Abfälle an. Ein Teil stammt von bremischen Abfallerzeugern ein anderer Teil von auswärtigen Abfallerzeugern, die überwiegend in Niedersachsen oder Hamburg ansässig sind.

Die Blocklanddeponie besteht zurzeit aus einem stillgelegten Altteil, einem betriebenen Bereich der Deponieklasse (DK) I, einem Monobereich und einem betriebenen DK III Teil. Der DK I Bereich wird überwiegend für Straßenaufbruch, Bauabfälle und weitere mineralische Abfälle genutzt. Auf dem DK I Monobereich werden ausschließlich Klärschlammmaschen aus Hamburg abgelagert. Der DK III Bereich wird für diverse Abfälle genutzt.

Die wirtschaftliche Situation der Blocklanddeponie in den vergangenen Jahren kann als stabil bezeichnet werden, und es wurden jährlich zwischen 530 T€ und 970 T€ den Deponierückstellungen zugeführt. Mit einem Rückgang der Ablagerungsmengen könnten die variablen Kosten zeitnah, die fixen Kosten nur zeitversetzt reduziert werden. Sicher ist, dass die Annahme von auswärtigen Mengen zur Kostendeckung notwendig ist.

Für den Weiterbetrieb der Blocklanddeponie sind bereits verschiedene Varianten diskutiert worden. Dabei sind zwei Extrempositionen zu definieren, die entweder aus einer betriebswirtschaftlich optimalen Betriebsweise oder einer Optimierung durch Annahmesteuerung mit dem Ziel einer maximalen Laufzeit, bestehen.

Aus betriebswirtschaftlicher Sicht wäre die schnelle Verfüllung der vorhandenen Kapazität sinnvoll, weil in den verbleibenden Betriebsjahren Überschüsse aus dem laufenden Geschäft generiert werden könnten, die zur Kostendeckung für die Stilllegung benötigt werden. Zu berücksichtigen ist bei diesem Szenario das nach der Schließung nicht mehr im Betrieb notwendige Personal, das anderweitig eingesetzt werden muss und weiterhin Kosten verursacht, die von den Deponieeinnahmen nicht gedeckt sind. Das ist wirtschaftlich zu bewerten.

Eine Folge dieser Variante wäre, dass nach der Verfüllung Alternativen für die Ablagerung der in Bremen anfallenden Abfälle gesucht werden müssten. Dabei kommen die Suche nach einem neuen Deponiestandort ebenso wie die Nutzung vorhandener Deponiekapazitäten in Frage.

Im Falle der Optimierungsvariante Annahmesteuerung würden die Annahmemengen reduziert, um die Kapazitäten zu schonen und somit eine lange Laufzeit der Deponie zu gewährleisten. Das hätte verminderte Einnahmen zur Folge, die wiederum ein betriebswirtschaftliches Defizit in Millionenhöhe aus dem laufenden Deponiebetrieb zur Folge hätten. Das Personal könnte langfristig beschäftigt werden und Alternativen für die Ablagerung von deponierfähigen Abfällen wären in absehbarer Zeit nicht erforderlich. Die entstehenden Defizite wären aus dem Haushalt zu begleichen.

Weil sowohl die betriebswirtschaftliche Optimierung als auch die Annahmesteuerung gravierende Nachteile mit sich bringen würden, ist es sinnvoll, eine Lösung zu finden, die die genannten Nachteile der jeweiligen Optionen möglichst weitgehend reduziert. Das könnte ein Weiterbetrieb für 10 bis 15 Jahre sein, ohne dass im laufenden Betrieb ein Defizit entsteht. Das kann durch eine Reduzierung der Abfallmengen und eine flächenneutrale Erweiterung der Deponiekapazität ermöglicht werden. Damit könnte die Zeit bis zur Ausschöpfung der Kapazität für die Suche nach Alternativen genutzt werden. Ein Zeitraum von ca. 10 Jahren wäre sowohl für die Suche nach einem alternativen Standort als auch für Verhandlungen mit Deponiebetreibern, die Kapazitäten im Umland anbieten könnten, ausreichend.

Zur Reduzierung der Abfallmengen bieten sich Vertragsänderungen an, die die Planungssicherheit gewährleisten. Neue Kapazitäten könnten im Profilierungsbereich der Nord-Ost-Böschung und im DK I Bereich geschaffen werden. Ob sich die Schaffung eines DK III Bereiches wirtschaftlich rentiert, müsste geprüft werden.

Es wurden bereits Mengenszenarien mit den entsprechenden betriebswirtschaftlichen Auswirkungen erarbeitet, die zurzeit weiter konkretisiert werden. Die Deputation soll über das Ergebnis in der zweiten Jahreshälfte unterrichtet werden.

C. Beschlussvorschlag

Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft nimmt den Bericht zur Kenntnis.